

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Klöpfer. Ich danke der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, also Ihnen, für den Vortrag.

Ich will die Gelegenheit nutzen, Ihnen und allen Mitgliedern des Petitionsausschusses sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des zuständigen Landtagsreferates auch im Namen des Hohen Hauses für Ihre engagierte Arbeit in diesem und für dieses Gremium zum Wohle und im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger sehr herzlich zu danken. Ich glaube, hier im Hohen Hause sind wir in dem Punkt alle einer Meinung. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zu:

### **9 Zukunft der EU-Strukturpolitik für Nordrhein-Westfalen sichern – Nordrhein-Westfalen muss wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1317 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Frau von Boeselager das Wort.

**Ilka von Boeselager (CDU):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft der EU-Strukturpolitik, Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren, ist für uns von äußerster Bedeutung. Das haben wir auch in den letzten fünf Jahren bewiesen, indem wir die Strukturförderpraxis ja völlig verändert haben. Wir haben hier eine Pilotfunktion übernommen.

Das wurde uns und Ihnen auch vom zuständigen Kommissar in Brüssel, Herrn Johannes Hahn, bestätigt, der deutlich gemacht hat, dass das, was in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren seit 2007 passiert ist, wirklich modellhaft ist und auch andere Regionen in Europa darauf aufmerksam geworden sind und daran partizipieren wollen.

Wir haben vor allen Dingen darauf geachtet, dass die Förderung nicht nur in den größeren Ballungsräumen zum Tragen kommt, sondern hier wirklich ein Wettbewerb stattfindet und dadurch auch ein Mehrwert der Ideen und der Wachstumsprojekte entsteht. Das schafft – weil sehr viele Menschen dann besonders motiviert sind – dann auch neue Arbeitsplätze. Das ist ja auch das Ziel.

Gerade deshalb ist uns die Verhandlungsstrategie der Landesregierung im Blick auf die neuen Förderzeiträume so wichtig. Wir können nicht nachvollziehen, Frau Ministerin, dass Sie auch zukünftig Ihre Förderpraxis so fortführen wollen. Wir können dies nicht nachvollziehen und haben Ihre Argumentation bislang noch nicht wirklich verinnerlichen können.

Vor dem Jahreswechsel war noch in der Presse zu lesen – ich zitiere –: Ob sich die Förderpraxis in Nordrhein-Westfalen verändert, ist einstweilen noch unklar. – Es war auch zu lesen: Die neue rot-grüne Minderheitsregierung hält sich mit Angaben zur künftigen Förderpolitik sehr zurück.

Mittlerweile haben wir schon das neue Jahr. Wir haben jetzt schon fast den April erreicht. Sie wissen sehr genau, dass jetzt die Karten für 2014 schon neu gemischt werden. Bis Ende Juni werden in Brüssel die Weichen gestellt für die neuen Finanzrahmen und die künftigen Prioritäten in der Strukturpolitik. Deshalb ist es jetzt wichtig zu wissen, wie sich die neuen Förderinstrumente zukünftig darstellen und wie Sie diese Wachstumspotenziale effizient entfesseln wollen. Das hätten wir gerne von Ihnen gewusst und dargestellt, und das ist Anlass für uns, diesen Antrag zu stellen.

Wir legen besonderen Wert darauf, dass Nordrhein-Westfalen auch in der kommenden Förderperiode von den Strukturmitteln wieder profitiert, dass insgesamt das Ziel- und Fondssystem der Kohäsionspolitik über 2013 hinaus sichtbar erhalten bleibt, dass die bewährten Instrumente zum Erreichen der Kohäsionsziele optimiert werden, wo immer das möglich ist, dass die Strukturförderung auch künftig zentral aus der Hand der Mitgliedstaaten und der Regionen erfolgt, dass die Finanzausstattung des Ziels Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung nicht durch neue regionale Zwischenkategorien beeinträchtigt wird, was unsere ganz große Sorge ist, und dass der Förderansatz für die Entwicklung auch des ländlichen Raums in den genannten Schwerpunkten auch so bleibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich dem Katalog unserer Forderungen anzuschließen, zumindest aber – wenn Sie das nicht ohne Weiteres können, weil der Antrag von der Opposition kommt – intensiv darüber nachzudenken, dass die bisherige Praxis von großem Vorteil für unser Land war.

Reglementierungen und regionale Präferenzen liegen – das möchte ich Ihnen deutlich sagen, Frau Ministerin – nicht im Interesse des gesamten Landes. Wir hoffen, dass Sie das in Zukunft mit in Betracht ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau von Boeselager. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Töns.

**Markus Töns (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau von Boeselager, es freut mich außerordentlich, dass Sie sich Gedanken über die Zukunft der Kohäsionspolitik machen. Auch in den vergangenen fünf Jahren hätte ich mir manchmal gewünscht, dass Sie das tun.

Wir haben die Zukunft der Kohäsionspolitik häufiger thematisiert, und wir haben mit Ihnen auch über die aktuelle Förderperiode gesprochen. Da gab es aber eine ziemlich eigentümliche Blockadepolitik von CDU und FDP.

Es geht um die Zukunft der Kohäsionspolitik in Nordrhein-Westfalen, die Struktur- und Regionalpolitik ist. Das ist ein wichtiges Thema für NRW. Gerade Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Förderperioden davon profitiert – das erwähnen Sie auch in Ihrem Antrag –, allein in der laufenden Förderperiode von 2 Milliarden €.

Nun steht die Förderperiode ab 2014 im Fokus. Sie haben in Ihrer Rede eben gar nicht zum Ausdruck gebracht, worüber Sie eigentlich sprechen. Über die Förderperiode ab 2014? War das so, Frau von Boeselager?

(Ilka von Boeselager [CDU]: Ja!)

Mir erscheint der Zeitpunkt des Antrages als sehr unpassend, da das Kohäsionsforum erst Anfang Februar stattfand. Die Europaministerin Frau Dr. Schwall-Düren hat übrigens daran teilgenommen und sich für Nordrhein-Westfalen eingebracht. Das zeigt deutlich, dass die Landesregierung diese Diskussion intensiv begleitet und wir auf dem richtigen Weg sind.

Natürlich ist die Erreichung der Kohäsionsziele – wie Sie, Frau von Boeselager, es in Ihrem Antrag fordern – wichtig. Aber was ist zum Beispiel mit dem Ausgleichsziel? Welche Auffassung haben Sie zu diesem entscheidenden Punkt? Weder im Antrag noch in Ihrer Rede findet er Erwähnung. Wie sollen die Mittel zukünftig verteilt werden? Haben Sie dazu etwas gesagt?

(Ilka von Boeselager [CDU]: Durch Wettbewerbe!)

Welche Förderung mit welcher Schwerpunktsetzung ist nach Ihrer Auffassung sinnvoll? Ich habe dazu nichts gesehen, nichts gelesen und auch nichts gehört. Sie haben mit Sicherheit ein paar richtige Fragen gestellt, lassen aber vieles im Unklaren.

Sie haben in Ihrem Antrag wohl auch vergessen, die Bundesregierung zu erwähnen. Welche Position haben Sie zum zukünftigen EU-Haushalt? Welche Position hat die Bundesregierung zum zukünftigen EU-Haushalt? Wenn Merkel und Schäuble sich durchsetzen, bedeutet das automatisch weniger deutsche Mittel für den EU-Haushalt. Die Auswirkungen auf die Regionalförderung in Nordrhein-Westfalen sind zwangsläufig und verheerend.

Ein anderes Thema, Frau von Boeselager: Sie erwähnen zwar die Strategie „Europa 2020“, sagen aber nicht, welche Bedeutung sie für die zukünftige Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen haben wird und haben soll. Auch dies bleibt unklar.

Aber kommen wir zurück zum Ausgleichsziel. Ich würde – wenn ich darf, Herr Präsident – gerne aus Ihrem Antrag zitieren:

„Ziel der Förderpolitik ist es, die soziale und wirtschaftliche Annäherung der Regionen zu stärken, den Zusammenhalt zu stärken sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren bzw. unnötige Barrieren abzubauen.“

So weit ist das in Ordnung. Im Forderungsteil Ihres Antrags heißt es dann aber:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, ... dass mit den bewährten Ausschreibungsverfahren auch künftig alle Regionen in Nordrhein-Westfalen von der EU-Strukturförderung profitieren können und dass dieses nicht durch Vorgaben der EU oder des Landes zur etwaigen Bevorzugung strukturschwacher Gebiete erschwert oder gar verhindert wird ...“

Was denn nun, Frau von Boeselager? Wollen Sie ein Ausgleichsziel, wollen Sie sich darum kümmern, dass es in den strukturschwachen Regionen weitergeht? Oder wollen Sie das Geld mit der Gießkanne verteilen? – Ich kann nicht erkennen, was Sie wollen.

Warum ist NRW eigentlich Ziel-2-Fördergebiet? Wissen Sie das? – Weil es seit nunmehr über 40 Jahren einen Strukturwandel in diesem Land gibt – übrigens erfolgreich begleitet von Sozialdemokraten und Grünen. Vielleicht wissen Sie ja auch, warum ganz Nordrhein-Westfalen zum Ziel-2-Fördergebiet gehört und die Fördergebiete nicht straßenscharf voneinander abgegrenzt sind? – Weil Rot-Grün das so verhandelt hat. Das war richtig, und das bleibt richtig.

Darum ist dieser Antrag nach meiner Überzeugung ein billiger Versuch, so zu tun, als ginge es in Nordrhein-Westfalen bei der Verteilung der Mittel nicht gerecht zu. Das ist mitnichten so, Frau von Boeselager. Vielmehr waren Ihre Wettbewerbe – ich will das deutlich sagen – eine Katastrophe. Wettbewerbe können ein richtiges Mittel sein, aber dann muss man sie auch sinnvoll einsetzen. Das ist nicht geschehen.

Ich stelle fest: Vieles bleibt in Ihrem Antrag im Unklaren. Sie haben keinen Plan davon, wohin Sie wollen. Das ist mir persönlich zu wenig, um sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen.

Ich freue mich trotzdem auf die Diskussion im Ausschuss, aber dann müssen Sie Farbe bekennen. – Glück auf!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Engstfeld.

**Stefan Engstfeld (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der uns hier vorliegende Antrag der CDU-Fraktion beschäftigt sich mit einem Kernthema nordrhein-westfälischer Europapolitik. Um es vorneweg zu sagen, Frau von Boeselager – es wäre schön, wenn Sie mir auch zuhören würden –: Dieser Antrag ist in dieser Form für unsere Fraktion nicht zustimmungsfähig. Er ist einerseits durch aktuelle Entwicklungen schon überholt worden, andererseits enthält er viel zu viele Lücken und Inkohärenzen.

Sie beschreiben völlig richtig die Dimension der Fördermittel für die aktuell laufende Förderperiode 2007 bis 2013. Sie stellen auch völlig zu Recht fest, dass die aktuelle Diskussion eingebettet ist in die Debatte über die Zukunft des EU-Haushaltes 2014. Und an dieser Stelle enden leider auch unsere Gemeinsamkeiten.

Herr Kollege Töns hat es völlig richtig ausgeführt: Es kann doch nicht sein, dass wir mit dem Vertrag von Lissabon der Europäischen Union mehr Aufgaben und mehr Verantwortung übertragen und ihr dann weniger Mittel zur Verfügung stellen. Genau das aber ist der Vorschlag von Merkel und Westerwelle in Berlin. Sie haben einen Brief zusammen mit Frankreich, Großbritannien, Finnland und den Niederlanden geschrieben, der quasi auf ein Einfrieren des EU-Haushaltes hinausläuft. Das kann nicht sein. Mehr Europa mit weniger Geld?

Da hakt Ihr Antrag, da ist eine Lücke in Ihrer Argumentation, und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich in Berlin bei Ihren Parteifreunden dafür einsetzen würden, dass dieser Brief rückgängig gemacht wird und wir einen ordentlich ausgestatteten Haushalt bekommen – der muss mindestens 1,1 % des Bruttonationaleinkommens beinhalten –, damit wir hier in Nordrhein-Westfalen für die Fördermöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen ausreichend Spielraum haben.

Ich möchte auch nicht verhehlen, dass uns in Ihrem Antrag einige Themenbereiche völlig fehlen. Uns fehlt zum Beispiel die Erhaltung der Biodiversität, die Ausrichtung, überhaupt die Frage, wofür Sie die Fördermittel genau verwenden wollen. Aus unserer Sicht ist klar: Wir müssen alles ausrichten auf ökologisch nachhaltiges Wachstum, auf die Umstellung auf erneuerbare Energien, auf die Erhaltung der Biodiversität, auf die soziale Gerechtigkeit und auf Inklusion, auf die Chancengleichheit, die Beschäftigung, aber vor allen Dingen auf die ökologische Modernisierung der Industrie in den Regionen. Das alles muss getan werden, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft zu stärken. Besondere Bedeutung kommt dabei den beiden Querschnittszielen „ökolo-

gische Nachhaltigkeit“ und „Chancengleichheit“ zu, insbesondere unter Berücksichtigung von Gender-Aspekten.

Sie können all unsere Positionen in einem Fraktionsbeschluss nachlesen, den wir zur Zukunft der Strukturpolitik ab 2014 gefasst haben. In 16 Eckpunkten haben wir mit Blick auf Nordrhein-Westfalen dargelegt, was wir wollen.

Vor allen Dingen fehlt uns bei diesem Antrag die Ausrichtung des europäischen Sozialfonds. Kein Wort von Ihnen, wo es hingehen soll! Kein Wort zur Ausgestaltung des Europäischen Sozialfonds! Kein Wort zur Erreichung von mehr Chancengleichheit von Frauen und Männern im Arbeitsleben! Kein Wort zur verstärkten Nutzung von neuen Finanzierungsformen, die wir unbedingt brauchen, zum Beispiel revolving Fonds, die intensiv auf europäischer Ebene diskutiert werden! Und – was sehr sträflich ist – kein Wort dazu, wie Sie denn umzugehen gedenken mit Kommunen, die in der Haushaltssicherung stecken! Es fehlt in Ihrem Antrag eine Option oder ein Weg, womit diesen Kommunen eine faire, gleichrangige Programmteilnahme ermöglicht wird.

Für uns Grüne ist klar: Eine Programmumsetzung, die Kommunen, die den von Ihnen zu erbringenden Eigenanteil aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht aufbringen können, faktisch ausschließt, ist nicht akzeptabel. Eine solche Umsetzung würde die angestrebte Balance von Wachstums- und Ausgleichszielen konterkarieren und das Leitbild „wettbewerbliche Vorgaben“ ad absurdum führen.

Sehr geehrte Frau von Boeselager, ich verweise noch einmal für die Beratungen im Ausschuss auf unser Eckpunktepapier, unseren Fraktionsbeschluss. Ich würde mich sehr freuen – das ist ja gerade nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Trend –, wenn eine gewisse „Ergrünung“ in den Anträgen und in der Programmatik vorgenommen würde.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir in den Ausschussberatungen eventuell doch zu einem gemeinsamen Antrag kommen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Dr. Wolf.

**Dr. Ingo Wolf (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Wir sind mit diesem Antrag der CDU-Fraktion in hohem Maße einverstanden. Ich glaube, es ist wichtig – das hat Frau von Boeselager angesprochen –, dass wir uns gerade im Vorfeld der Entscheidungen der EU im Zusammenhang mit der

regionalen Struktur- und Förderpolitik ab 2014 mit dem Thema beschäftigen und deutlich machen, dass wir das, was bisher möglich war, auch weiter möglich machen wollen.

Es geht darum, dass nicht nur in einzelnen infrastrukturell benachteiligten Regionen, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen eine Förderung möglich ist. Dass es, lieber Herr Töns, nach 40 Jahren immer noch Strukturwandel gibt und dieser noch nicht abgeschlossen ist, ist aus meiner Sicht eher bedauerlich. Sie dagegen sind stolz darauf, dass es noch nicht so weit ist.

(Markus Töns [SPD]: Das ist eine Daueraufgabe! Sie hätten sich damit mal beschäftigen sollen!)

Mir wäre es lieber, wenn dieser Bereich längst aus den Zahlen heraus wäre. Es gibt andere Bundesländer, die den Strukturwandel längst geschafft haben.

Wir halten jedenfalls die Kombination, wie sie bisher vorgesehen ist, weiterhin für sinnvoll. Das geht übrigens auch aus einem Gutachten des Europa- und Wirtschaftsministeriums hervor, in dem gesagt worden ist, dass es aufgrund ökonomischer Überlegungen nach wie vor nicht möglich ist, eine Abschaffung des Ziels „regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ zu begründen, und dass die strukturpolitischen Interventionen in allen Regionen der Europäischen Union gerechtfertigt sind. Das heißt natürlich: Deutschland muss auch weiterhin darauf dringen.

Die wesentlichen Forderungen des Unionsantrags – das sehe ich positiver als Sie, Herr Engstfeld –, die Beibehaltung der bisherigen zweigliedrigen Grundstruktur, den Verzicht auf die Einführung neuer regionaler Zwischenkategorien und die Vermeidung einer Überfrachtung der EU-Förderziele, treffen auf unser Wohlwollen. Ich glaube, darauf müssen wir uns konzentrieren, anstatt zu versuchen, es zu verwässern, was von Rednern der Regierungsfractionen teilweise wieder versucht wurde. Mir ist aber auch wichtig – was in Ihrem Antrag ebenfalls enthalten ist –, dass die Ausschreibungsverfahren weiterhin stattfinden.

Es ist ja schon bemerkenswert, Herr Töns, dass Sie ein schlechtes Urteil fällen, wenn zugleich im Auftrag der Landesregierung ein Gutachten ergibt, dass das Land Nordrhein-Westfalen die entsprechenden Spielräume gerade auch für eine regionale Exzellenzförderung hervorragend in wirtschaftlich stärkeren Regionen umgesetzt hat. Es kommt eben darauf an, nicht nur im Ruhrgebiet zu fördern, sondern überall, wo Exzellenzförderung möglich ist.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist von der Landesregierung positiv gesehen worden. Das sollte man an dieser Stelle auch nicht negieren.

Für uns ist wichtig – und insofern haben wir auch schon einmal im Ausschuss debattiert, Herr Töns –, dass jedes Verfahren verbessert werden kann. Da sind wir sofort auf einer Linie. Wenn es also beispielsweise durch Einrichtung regionaler Informationsanlaufstellen den kleinen und mittleren Unternehmen besser gelingt, an der Förderung teilzunehmen, haben wir damit überhaupt keine Probleme. Aber vom Grundsatz her muss das Thema Wettbewerbsverfahren aus meiner Sicht erhalten bleiben. Nur dadurch lassen sich kreativ entsprechende Gewinne erzielen.

Insofern weist der CDU-Antrag in die richtige Richtung, und es besteht natürlich immer bis zuletzt die Hoffnung, Frau von Boeselager, dass die anderen Fraktionen sich auch im Fachausschuss Ihrem Antrag nähern. Allerdings lassen die bisherigen Wortmeldungen eher darauf schließen: falscher Absender, falscher Zeitpunkt. Dann haben wir die übliche Lage, dass in der Abstimmung niedergestimmt wird, was von der Opposition beantragt wird. Das ist sehr bedauerlich, denn ich denke, im Kern kann kein Zweifel bestehen, dass wir diese Förderung in unserem Lande weiter brauchen – und das auch im Zusammenhang mit einem Wettbewerbsverfahren, das die Kräfte weckt, die wir benötigen, um das Land weiter voranzubringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Beuermann.

**Bärbel Beuermann (LINKE):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Darf ich zunächst einmal zum Ausdruck bringen, dass mich Ihr Antrag positiv überrascht hat, Kolleginnen und Kollegen der CDU? Nicht im Inhalt – dazu komme ich gleich –, sondern in der Wahl des Ansprechpartners. Sie fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für einen ganzen Förderungskatalog starkzumachen, den Sie doch aufgrund der Mehrheitssituation im Europäischen Parlament hausintern deutlich einfacher voranbringen könnten. Nichtsdestotrotz, Ihr Antrag ist ein legitimer und konstruktiver.

Wie Sie ganz richtig – wenn auch etwas knapp – darlegen, wird derzeit darüber diskutiert, den neuen Finanzrahmen an die EU-2020-Strategie anzulehnen.

Es werden zwar nicht bereits jetzt alle Weichen gestellt, aber es empfiehlt sich auch aus unserer Sicht, früh in die Diskussion einzusteigen. Wenn durch die Verabschiedung des Lissabon-Vertrages neue Politikbereiche finanziert werden müssen, wie etwa der Europäische Auswärtige Dienst oder das Europäische Semester, steht tatsächlich zu befürchten, dass die Kohäsionsmittel an sich gekürzt werden.

Wir teilen die Sorge der CDU an dieser Stelle durchaus.

Der Mehrwert der Kohäsionspolitik ist auch aus unserer Sicht unstrittig. Die bewährten Instrumente zur Förderung sollten ebenso wenig den Neuerungen zum Opfer fallen wie die Grundstruktur insgesamt.

Da die Diskussion aber offen ist, Kolleginnen und Kollegen, muss hier tatsächlich Druck aufgebaut werden. Beispielsweise darf es als unwahrscheinlich gelten, dass das Bruttoinlandsprodukt künftig nicht mehr als Messungsinstrument zur Bewertung genutzt wird. Sicher ist diese Annahme aber keineswegs.

Überraschend ist die entsprechende Forderung gerade vonseiten der CDU aber, wenn wir im bundesweiten Maßstab denken: Im Rahmen der EU-Osterweiterung steht zu befürchten, dass viele der momentan noch geförderten deutschen Regionen im EU-Vergleich in Zukunft komplett aus der Förderung herausfallen.

Ich gebe allerdings zu, dass es mich noch mehr überrascht hätte, wenn Sie nun gleich die NRW-Landesregierung aufgefordert hätten, sich für die erhofften Übergangsregelungen für die ostdeutschen Länder starkzumachen. Deren Förderung, Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der Kohäsionspolitik ist nämlich nach 2014 wirklich ungewiss.

Kolleginnen und Kollegen der CDU, sicherlich ist ein Ausbau der Administration eine reizvolle Option, die Effizienz der Förderpolitik zu steigern und ihre Durchsetzungskraft auszuweiten. Ihnen sollte aber auch ebenso bewusst sein, dass das Risiko des Missbrauchs von EU-Fördermitteln nicht nur der konkret angestregten nachhaltigen Politik entgegensteht, sondern darüber hinaus auch zum Misstrauen in der Bevölkerung führen würde. Dem Gesamtunterfangen des europäischen Zusammenwachsens könnte damit fataler Schaden entstehen. Oder, um es einfacher zu formulieren: Vertrauen ist gut, Kontrolle an dieser Stelle aber unumgänglich.

Wenn es uns aber schon um das Wirken und die Chancen der Kohäsionsbemühungen insgesamt geht, dann muss Politik sich stärker noch als bisher dem Gedanken der Solidarität verpflichten. Die Verteilung der Mittel darf dabei dem profansten Ansatz jeglichen Ausgleichs folgen, nämlich dass der Starke dem Schwächeren hilft.

Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht kann und muss dabei das Bekenntnis zur internationalen Solidarität Vorrang haben, im Zweifelsfall auch vor regionalen und nationalen Interessen, wenn der europäische Gedanke perspektivisch seine abstrakte Dimension verlieren soll.

Im Fokus der Bemühungen muss dabei stehen: bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen, eine nachhaltige Umweltpolitik, eine ge-

rechte Sozialpolitik, gerechter, gleicher und freier Zugang zur Bildung.

Die Kohäsionspolitik ist dabei in grundlegender Weise von Transparenz und administrativ gewährleisteter Verteilungsgerechtigkeit abhängig. Es stünde gerade dem konservativen und dem neoliberalen Lager gut zu Gesichte, hier die versäumten Frühförderungen nachzuholen, bevor umfangreiche Forderungskataloge an Dritte gestellt werden.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, der FDP, der SPD und der Grünen, das ist mit Sicherheit eine Forderung, die ungemein lohnender, aber auch deutlich schwieriger zu erreichen sein würde als unsere Zustimmung zur Ausschussüberweisung, nämlich dass wir Solidarität üben mit den Ländern, die schlechter gestellt sind als wir.

Wir freuen uns auf eine anregende und zielorientierte Diskussion im Ausschuss. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beuermann. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren das Wort.

**Dr. Angelica Schwall-Düren,** Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, liebe Frau von Boeselager, ich hatte etwas Schwierigkeiten, Ihrer Argumentation zu folgen, weil von Ihnen ständig ein Wechsel zwischen der Zukunft der Strukturpolitik und der aktuellen Praxis in Nordrhein-Westfalen vorgenommen wurde. Aber das mag an mir gelegen haben.

Doch Spaß beiseite. Die europäischen Mittel aus den Strukturfonds sichern dem Land wichtige Handlungsspielräume zur Förderung seiner Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Deswegen ist die Fortführung der Regionalförderung aus den Strukturfonds nach 2013 für das Land unverzichtbar. Ich vermute mal, dass das unstrittig ist.

Dennoch kann ich nicht empfehlen, dem Antrag der CDU zuzustimmen. Er ist in seiner Grundaussage überholt und in der Annahme, Akteure in der EU-Kommission wollten die Grundprinzipien der Regionalpolitik ändern, falsch. Der Stand der nationalen und europäischen Debatte ist inzwischen weiter fortgeschritten. Die Europäische Kommission hat mit dem Fünften Kohäsionsbericht im November letzten Jahres ihre Vorschläge für die Gestaltung der EU-Strukturpolitik nach 2014 vorgelegt. Anders als im Antrag der CDU dargelegt, will sie eine Weiterentwicklung und Verbesserung der Strukturförde-

rung, aber sie will keine Änderung der Grundprinzipien.

Dies, verehrte Abgeordnete, hat sich auf dem Kohäsionsforum bestätigt, auf dem die Mitgliedstaaten und Regionen der EU vom 31. Januar bis 1. Februar über die Kommissionsvorschläge debattiert haben. Ich habe auf einem der Workshops übrigens nicht nur die Position Nordrhein-Westfalens, sondern der deutschen Länder vorgestellt. Ich kann also aus eigener Beobachtung berichten, dass auf dem Kohäsionsforum großer Konsens darüber bestand, die Strukturpolitik nach 2014 in allen Mitgliedstaaten und allen Regionen der EU fortzusetzen, Frau Beuermann. Dort wird noch über die Form eines Phasing-out zu diskutieren sein. Aber vom Grundsatz gibt es Übereinstimmung. Das haben alle anwesenden Vertreter der Europäischen Kommission – darunter auch Kommissionspräsident Barroso und Regionalkommissar Hahn – versichert. Das ist ein sehr wichtiges und positives Signal.

Nordrhein-Westfalen, die deutschen Länder und die Bundesregierung haben eine gemeinsame Stellungnahme zum Fünften Kohäsionsbericht in Brüssel eingereicht. Sie besteht aus einem gemeinsamen Chapeau sowie den einzelnen Stellungnahmen des Bundes und der Länder. Ich bin sehr froh, dass über die zukünftige Gestaltung der Strukturpolitik zwischen Bund und Ländern großer Konsens besteht. Dazu gehört die Forderung, die EU-Strukturpolitik nach 2014 auch in den stärkeren Regionen wie in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen.

Die Länderstellungnahme wurde von der Europaministerkonferenz vorbereitet und im Dezember von der Ministerpräsidentenkonferenz verabschiedet. Nordrhein-Westfalen hat zusammen mit Sachsen-Anhalt, also über die Parteigrenzen hinweg, als Berichterstatter fungiert und somit maßgeblich an der Erarbeitung der Stellungnahme mitgewirkt.

Die Länderstellungnahme enthält viele der Forderungen, Frau von Boeselager, die die CDU in ihrem Antrag anführt. Dazu gehören beispielsweise die Beibehaltung des regionalen Ansatzes der Strukturförderung, die Ablehnung einer neuen Zwischenkategorie und das Erfordernis, Bürokratie abzubauen und die Verwaltung weiter zu vereinfachen. Die zentralen Forderungen an die Kommission sind also in unserer gemeinsamen Stellungnahme unter Federführung Nordrhein-Westfalens berücksichtigt.

Verehrte Abgeordnete, der CDU-Antrag äußert sich auch zur zukünftigen Umsetzung der EU-Strukturförderung in Nordrhein-Westfalen. Dazu wiederum ist es noch zu früh. Wir wissen noch nicht, in welcher Höhe wir nach 2013 europäische Mittel aus dem Strukturfonds erhalten werden, und wir wissen noch nicht, zu welchen Bedingungen wir diese Gelder einsetzen können. Die zukünftige Ausstattung der Strukturpolitik hängt auch von den anstehenden Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen ab 2014 ab. Hierzu

will die Kommission im Juni einen Vorschlag vorlegen.

Da ist die derzeitige Positionierung der schwarzen Seite nicht hilfreich. Wenn die Bundesregierung angesichts von inzwischen 27, bald 28 Mitgliedstaaten und angesichts neuer Aufgaben nach dem Lissaboner Vertrag auf alle Fälle am 1-%-Beitrag für die EU festhalten und auch an der Höhe der Unterstützung für die gemeinsame Agrarpolitik nichts ändern will, wird es schwer sein, den gleichen Umfang der Strukturmittel beizubehalten.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Mathematische Gesetze lassen sich nicht aushebeln – auch nicht von Christdemokraten. Im Übrigen finden Sie diese 1-%-Forderung in der Stellungnahme des Bundesrates nicht. Wir haben dafür gesorgt, dass es diesen Konsens gegeben hat.

Noch sind also viele Fragen offen. Unabhängig davon kann ich Ihnen heute schon sagen, Frau von Boeselager, dass wir auch in Zukunft Wettbewerbe durchführen werden. Aber sie werden augenblicklich evaluiert. Wir wollen optimieren – das wollen Sie ja auch –, damit wir die Mittel möglichst gut an diejenigen bringen, die zukunftsweisende Projekte umsetzen. Wie bisher sollen auch zukünftig alle Teilregionen in Nordrhein-Westfalen von den Strukturmitteln profitieren.

Wie in der vergangenen Förderperiode werden wir auch zukünftig – das unterstreiche ich – durchaus ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung unserer strukturschwachen Teilregionen legen, nach dem Motto „Schwächen beseitigen, aber auch Stärken stärken“ – ganz im Sinne der Strategie „EU 2020“. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gleichwohl möchte ich alle Fraktionen darauf aufmerksam machen, dass die Landesregierung die Redezeit um zwei Minuten überzogen hat, sodass theoretisch noch Redezeit zur Verfügung stände. – Niemand möchte sie nutzen. Vielen Dank. Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1317 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt** – federführend – sowie den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung wird im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte sich jemand dagegen aussprechen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf: